

Unabhängiger Monitoringausschuss zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

BIZEPS, Schönngasse 15-17/4, 1020 Wien

Vorsitz: Martin **Ladstätter**

Mitglieder des Ausschusses:

Vertreter/innen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Petra **Derler**
Bernadette **Feuerstein**
Martin **Ladstätter**

Vertreter aus dem Bereich der Menschenrechte:

Volker **Frey**

Vertreterin aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:

Johanna **Mang**

Vertreter der wissenschaftlichen Lehre:

Tobias **Buchner**

Ersatzmitglieder des Ausschusses:

Erich **Girlek**
Magdalena **Kern**
Christine **Steger**

Büro: Waltraud **Palank-Ennsmann**

Entschuldigt:

Erich Schmid, Christina Wurzinger, Julia Jungwirth, Gunther Trübswasser, Wolfgang Iser

Resümeeprotokoll

Unterlagen: Tagesordnung, Protokoll der letzten Sitzung, Stellungnahme Familie und Partnerschaft, Entwurf Staatenbericht.

1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt. Martin Ladstätter verweist auf das E-Mail von Christina Wurzinger vom 9. April 2018, mit der sie die Vorsitz-Funktion zurücklegt. Als erster Vorsitz-Stellvertreter leitet er daher die Sitzung.

2. Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll der letzten Sitzung wird beschlossen. Jenes von der Sitzung am 15. Februar wird nachgereicht, wenn Wolfgang Iser wieder gesund ist.

3. Verein zur Unterstützung des Monitoringausschuss

Johanna Mang und Martin Ladstätter informieren über den aktuellen Stand der Dinge zu den Räumlichkeiten und der Personalsuche für den Verein. Eine Sichtung der Lebensläufe und Reihung der Bewerbungen erfolgt durch VertreterInnen des Vereinsvorstands. Anfang Mai werden erste Interviews geführt.

Auszahlungen durch den Verein sind bereits möglich.

Die Anmietung der Büroräume gestaltet sich schwieriger als erwartet, die Aufteilung der Umbaukosten ist noch nicht klar entschieden. Der Mietvertrag ist noch nicht unterschrieben.

Als Übergangslösung, bis die Räumlichkeiten bezogen werden, können die Vereinsangestellten dankenswerterweise im Büro von Licht für die Welt einen Arbeitsplatz nützen.

Nach der Mitgliederversammlung im März wurde die Wahlanzeige an die Behörde übermittelt, ist aber noch nicht online im Vereinsregister abgebildet. Frau Palank-Ennsmann wird prüfen, ob etwaige Schreiben von der Behörde im Ministerium eingelangt sind.

4. Genf-Bericht des Monitoringausschuss / gemeinsame Diskussion und Überarbeitung

Bericht Christine Steger zum Treffen mit den Länder-Monitoringstellen im März in Salzburg: Das Treffen verlief sehr positiv, die Inputs der Länder wurden in den Bericht des Bundesausschusses eingearbeitet. Der Bericht muss aber noch um 16 Seiten gekürzt werden. Stellen, die gekürzt werden, können unter anderem im Zivilgesellschaftsbericht verwendet werden.

In der Sitzung am 2. Mai muss der Bericht vom Ausschuss beschlossen werden, da er noch übersetzt werden muss.

Zugesagte Überarbeitungen:

Zu Art. 6 kommen noch Empfehlungen von Volker Frey.

Zu Art. 11 und 32 schickt Magdalena Kern die gekürzte Version.

Zu Art. 12 Erwachsenenschutz empfiehlt Erich Girlek noch Kürzungen.

Welche Begriffe und Abkürzungen verwenden wir:

Abkürzungen sollten vermieden bzw. vereinheitlicht werden. Wir verwenden zB den Begriff „Psychosoziale Behinderungen“; „chronische psychische Erkrankungen“ klingt nach Stigmatisierung und wird vermieden. MmB wird ausgeschrieben. Wir verwenden die Abkürzung CRPD.

Christine Steger bittet alle Mitglieder, bis 20. April Inputs für die Executive Summary zu liefern: welche Hauptaussagen möchten wir darin treffen? Auch Kürzungsmöglichkeiten bitte an Christine rückmelden – in Form konkreter Änderungsvorschläge mit Seitenverweis.

Wie gehen wir mit Absichtserklärungen um: Deutlich kennzeichnen, Pilotprojekte als solche benennen, klare Einschätzungen geben, Verhältnismäßigkeit darstellen.

Richtschnur: Was gibt es schon – Gesetze, Aktionspläne, Budgets? Was ist in Aussicht gestellt? Welche Verschlechterungen gibt es?

Christine schickt den aktualisierten Entwurf **bis 26. April** in die Runde.

5. Veränderungen im Monitoringausschuss / Suche neue Mitglieder

Christina Wurzinger legte den Vorsitz zurück, bleibt aber weiter Mitglied im Monitoringausschuss. Elisabeth Szymanski legte ihre Mitgliedschaft zurück.

Laut Gesetz liegt das Vorschlagsrecht für neue Mitglieder und Ersatzmitglieder beim Österreichischen Behindertenrat, Selbstbestimmt Leben und dem amtierenden Monitoringausschuss.

Der Monitoringausschuss wird in einem Schreiben den Österreichischen Behindertenrat und Selbstbestimmt Leben über das Ausscheiden eines Mitglieds informieren, um eine geeignete neue qualifizierte Person als Mitglied zu finden, d.h. eine VertreterIn der Menschen mit Behinderungen als Ersatz-Mitglied. Martin Ladstätter wird das Schreiben verfassen.

Der Ausschuss beschließt, alle Teile des Bundes-Behindertengesetzes, die den Monitoringausschuss (unter anderem § 13g bis 13l) betreffen, in Leichte Sprache/A2 übersetzen zu lassen. Der Ausschuss ersucht das Büro des Monitoringausschuss um die Beauftragung an den entsprechenden Dienstleister. Volker Frey und Martin Ladstätter werden die Auswahl der relevanten Gesetzesstellen zusammenstellen.

6. Termine

- Nächste Sitzungen:
 - 2. Mai, 14:30-17:00 Uhr statt, im Sozialministerium, Saal IV
 - 12. Juni, 14:30-17:00 Uhr, bei Licht für die Welt, Niederhofstraße 26, 1120 Wien.
- Konferenz der Antidiskriminierungs- und Gleichbehandlungsbeauftragten, 16. Mai, in Rust – Christine Steger wird für den Ausschuss teilnehmen und einen Vortrag zu „Barrierefreiheit: Menschenrechtlicher Anspruch im Spannungsfeld von Föderalismus und Erfüllungsvorbehalt“ halten.
- Integra Messe, 25.04.2018 – Christine Steger hält Vortrag zu De-Institutionalisierung.
- SOS Menschenrechte, 27. November 2018 in Steyr, „10 Jahre Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention“, Vortrag von Christine Steger

7. Allfälliges

Schreiben der Präsidentschaftskanzlei: Ein Schreiben der Präsidentschaftskanzlei zur Individualbeschwerde von Susan Bacher wird besprochen. Der Ausschuss wird entsprechend antworten: Bestätigung des Erhalts und Kenntnis des Falls, Verweis, dass Empfehlungen des Fachausschusses in Österreich oft nicht beachtet werden und dass das Justizministerium einen Gesetzesvorschlag erarbeiten sollte. Volker Frey wird einen Brief bis zur Sitzung am 2. Mai entwerfen.

Umgang mit Protokollen des Ausschusses: Wortmeldungen und Diskussionen werden momentan nicht konkret erfasst, Informationsgehalt der Protokolle oft entsprechend gering.

Vorschlag: Protokolle werden nicht mehr online gestellt, dafür ausführlicher verfasst.

Transparenz und Information der Öffentlichkeit wird anders gewährleistet: zum Beispiel durch Artikel auf der Website zu aktuellen Entwicklungen; Meldungen auf Twitter, woran der Ausschuss arbeitet. Dies könnte eine Aufgabe der zukünftigen Öffentlichkeitsbeauftragten des Vereins sein.

Das Büro wird die Zugriffe auf die Website auswerten, bevor eine Entscheidung getroffen wird. (Konkret anhand des Protokolls der Sitzung vom Jänner 2018)

In zukünftigen Sitzungen könnte auch jeweils entschieden werden, welche Informationen besonders relevant für die Öffentlichkeit sind.

Auf der Website könnten auch Termine und Hauptthemen der Sitzungen angeführt werden.

Am 2. Mai soll nach einer weiteren Diskussion dazu ein Beschluss gefasst werden.

Stellungnahme Familie und Partnerschaft: Wer könnte an der Stellungnahme weiterarbeiten? Im Ausschuss sind momentan wenig Ressourcen dafür vorhanden. Johanna Mang wird Christina Wurzinger fragen.

Bericht Bundesbehindertenbeirat: Der Ausschuss muss einen Bericht über das Jahr 2017 an den Beirat richten, bis zur nächsten Sitzung des Bundesbehindertenbeirats (steht noch nicht fest). Ab 2018 muss nur noch ein Bericht an die Sozialministerin erfolgen. Martin Ladstätter wird einen Berichtsentwurf bis 2. Mai liefern, mit Unterstützung des Büros.

Öffentliche Sitzung in Innsbruck: Tobias Bucher berichtet über den Stand der Vorbereitungen zu dieser Sitzung mit Schwerpunkt Jugend. Auf Vorschlag von Isolde Kafka kann die Sitzung im Landhaus abgehalten werden. Für 27. November ist ohnehin eine öffentliche Sitzung der Tiroler Monitoringstelle geplant, diese könnte gemeinsam mit dem Bundes-Monitoringausschuss gehalten werden. Ein Beschluss dazu wird in der nächsten Sitzung der Tiroler Monitoringstelle gefasst. Der Bundes-Monitoringausschuss hat dafür auch ein Budget von 6.000 EUR veranschlagt. Am gleichen Tag ist in Steyr eine Abend-Veranstaltung zu 10 Jahre UN-Konvention, bei der Christine Steger als Referentin angefragt ist.

Vorschlag: die Mitglieder teilen sich auf, um beide Veranstaltungen gut abdecken zu können. Erich Girlek, Tobias Buchner und Volker Frey planen, nach Innsbruck zu fahren.

Tobias Buchner erfragt noch die genauen Zeiten der Veranstaltung in Innsbruck und dankt dem Tiroler Ausschuss für die Kooperationsmöglichkeit.

Vorsitz: Da Martin Ladstätter den Vorsitz nur interimistisch von Christina Wurzinger übernommen hat, soll am 2. Mai ein neuer Vorsitz gewählt. Vorschlag für den neuen Vorsitz: Christine Steger.

Datenschutz-Grundverordnung: der Ausschuss und Verein werden sich bei Bedarf damit befassen.

Martin Ladstätter (Vorsitz)

Magdalena Kern (Schriftführerin)